

Kritik am Ausnahmerecht wird lauter

PARIS. «Die Freiheiten einschränken, um die Freiheiten zu schützen»: So begründete Frankreichs Premier Manuel Valls den nationalen Ausnahmezustand. Präsident François Hollande hatte ihn nach den Terroranschlägen in Paris dekretiert und liess ihn dann durch das Parlament auf drei Monate verlängern. Kernpunkte sind ein weitgehendes Demonstrationsverbot sowie die Befugnis der Polizei, ohne richterliche Vollmacht zu handeln.

Auch Alkoholverbot erlassen

Schon über 2000mal drangen Polizisten bisher in Wohnungen, Büros und Häuser ein. 250 Personen wurden zumindest vorübergehend festgenommen. 320 erhielten Hausarrest. 280 Waffen, darunter laut Regierung 30 «Kriegswaffen», wurden sichergestellt. Gehörten sie alle militanten Islamisten oder gar Terroristen? Innenminister Bernard Cazeneuve schweigt dazu. Er nennt nur ständig höhere Zahlen, keine Motive. Dazu beschlagnahmte die Polizei in 160 Fällen Drogen, noch häufiger Bargeld. An einem Ort wurde eine nächtliche Ausgangssperre für Jugendliche verhängt, an einem anderen ein Alkoholverbot nach 20 Uhr. Terrorbekämpfung?

Noch länger Ausnahmezustand?

Der Pariser Rechtsprofessor Gilles Guglielmi wirft der Regierung vor, darüber hinaus zu handeln: «Die Exekutive vermittelt den Eindruck, dass sie sich über einen Teil des Rechtsstaates hinwegsetzen will.» Auf dem Newstportal Mediapart des früheren «Le Monde»-Chefredaktors finden sich Beiträge wie «Vom Ausnahmezustand zum Polizeistaat».

Solche Stimmen bleiben aber minoritär. Die bürgerliche Rechte übt – Tage vor den Regionalwahlen – keine Kritik am Ausnahmerecht. Sie weiss wie Hollande, dass es die Bevölkerung mit grossem Umfragemehr gutheisst. Der sozialistische Präsident will nun gar die Verfassungsänderung, um den Ausnahmezustand nicht nur wie heute um drei, sondern um sechs Monate verlängern zu können. (brä)

Ein Korb für die USA aus Bagdad

Die US-Ankündigung, weitere militärische Spezialkräfte nach Irak und Syrien zu entsenden, stösst in Bagdad auf Widerstand. Der Konflikt wirft ein Schlaglicht auf die komplexen Probleme des Kampfes gegen den «Islamischen Staat».

WALTER BREHM

Alle reden vom Krieg gegen den «Islamischen Staat» (IS). Was aber anscheinend immer noch im Argen liegt, ist die Kommunikation zwischen den beteiligten Parteien an diesem Krieg. Im US-Repräsentantenhaus sagte Verteidigungsminister Ashton Carter, sekundiert von Joseph Dunford, Chef der Generalstäbe der US-Streitkräfte: «Wir verlegen Elitesoldaten nach Irak, um der dortigen Armee und den kurdischen Peschmerga im Kampf gegen den IS zur Seite zu stehen. Diese Spezialkräfte werden auf Einladung Bagdads stationiert.»

Wir brauchen keine US-Truppen

Doch aus Bagdad kam umgehend eine Replik, die gar nicht nach einer Einladung klingt. «Wir brauchen keine ausländischen Kampftruppen auf irakischem Boden», erklärte Premier Haidar al-Abadi. «Jeder Einsatz ausländischer Truppen in Irak – ob Spezialkräfte oder sonstige – benötigt die Zustimmung meiner Regierung und müsste mit ihr abgesprochen werden.»

Es scheint also, als hätte das Pentagon einen US-Militäreinsatz verkündet, der mit der Regierung des betroffenen souveränen Staates nicht oder nicht genügend abgesprochen war. Möglich ist aber auch ein Abrücken Al Abadis von einem zuvor gemachten Einverständnis. Denn vor der Bekanntmachung des geplanten Einsatzes von «Spezialkräften» hatten in Irak schiitische Milizen erklärt: «Wir werden US-Truppen angreifen, wenn sie in Irak operieren.» Im Repräsentantenhaus hatte Pentagonchef Carter von einem «Expeditionskorps» von etwa 200 Mann gesprochen.

Einsatz in Irak und Syrien

«Diese Einheiten werden mit der Zeit in der Lage sein, Kommandoaktionen auszuführen, IS-Geiseln zu befreien, Erkenntnisse der Geheimdienste zu sammeln und IS-Anführer zu töten.» Ashton Carter machte zudem deutlich, diese Einheiten



Pentagon-Chef Ashton Carter und Joseph Dunford, Chef der Generalstäbe der US-Streitkräfte, in der Anhörung des Repräsentantenhauses.

könnten auch im Nachbarland Syrien aktiv werden. Die US-Regierung denke zudem auch über die Entsendung weiterer Spezialkräfte nach Syrien nach. «Wo immer wir Möglichkeiten finden, unsere Fähigkeiten einzusetzen, sind wir bereit, dies zu tun», schloss der Pentagonchef.

Diese Ankündigung kann in Irak als «unerwünschte» oder zumindest «nicht angeforderte Unterstützung» gelesen werden. Dahinter kann aber mehr stehen als mangelndes diplomatisches Geschick der US-Regierung.

Kein Staat – aber doch irgendwie

Obwohl immer alle international am Kampf gegen den IS beteiligten Regierungen beteuern, der IS sei kein Staat, sondern lediglich eine kriminelle Terrorbande, kann Bagdad um die Souveränität Iraks fürchten. Die

Truppen des sogenannten Islamischen Staates halten immer noch grosse Teile Iraks und Syriens besetzt – und nennen diese «Kalifat». Dieses habe die nationalstaatlichen Grenzen als Erbe des Kolonialismus überwunden.

Dies mag Prahlerei sein. Doch mindestens fünf Millionen Menschen in Irak und Syrien leben in den vom IS verwalteten Gebieten. Allein in der nordirakischen



Haidar al-Abadi
Irakischer Premierminister

Metropole Mossul sind das trotz Massenflucht, Massakern an Schiiten und Jesiden und einer Massenflucht von Christen immer noch etwa 1,5 Millionen Menschen, zumeist sunnitische Moslems.

Angst vor kurdischen Erfolgen

Dass Mossul, will man nicht Tausende Zivilisten töten, nicht mit einem Bombardement aus der Luft befreit werden kann, scheint logisch. Die westlichen Kriegsparteien setzen deshalb auf die kurdische Peschmerga als Bodentruppe.

Je stärker aber die Kurden werden, desto fraglicher wird ihre weitere Loyalität gegenüber dem irakischen Staat. Bagdad fürchtet das Entstehen eines souveränen Kurdenstaates. In Syrien stellt sich das Problem nicht grundsätzlich anders, weil

das Erstarren der dortigen Kurden im Kampf gegen den IS und das Assad-Regime zudem die Perspektive eines ebenfalls grenzüberschreitenden Kurdenstaates eröffnet. Dies fürchtet nicht nur Irak, sondern auch die Türkei, die in einem Kleinkrieg gegen die türkisches Kurdenorganisation PKK steht.

Misstrauen, das dem IS nützt

Da in allen diplomatischen Foren derzeit zumindest offen kaum Pläne entwickelt werden, wie die Zukunft Iraks und Syriens nach der angestrebten Zerschlagung des IS aussehen soll, macht sich in der Region zunehmendes Misstrauen gegenüber den «westlichen» Kriegsmächten breit. Davon wiederum profitiert der IS, der sich als Schutzmacht der Sunniten in Irak und Syrien darstellen kann.

Montenegro wird Nato-Mitglied

Das Nato-Verteidigungsbündnis beginnt Beitrittsgespräche mit dem Balkanland Montenegro. Russland, das die Nato-Osterweiterung immer verurteilt hat, fühlt sich erneut provoziert.

FABIAN FELLMANN

BRÜSSEL. Der Entscheid wurde gestern im Hauptquartier der Nato zelebriert. Alle 28 Aussenminister der Bündnisstaaten applaudierten, als Montenegros Amtskollege Igor Luksic den Saal betrat. Die Minister entschieden, mit dem kleinen Balkanstaat sofort Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Schon 2016 könnte Montenegro der Verteidigungsbündnis als 29. Mitglied angehören. Es wird die erste Erweiterung sein seit dem Beitritt Kroatiens und Albanien 2009. «Indem Sie Ihre Tür für Montenegro öffnen, sowohl buchstäblich als auch im übertragenen Sinn, zeigen Sie den Grund für die Vitalität und Stärke dieser Allianz», sagte Luksic. Für sein Land sei die Beitrittsperspektive ein Anreiz, die Gesellschaft zum Besseren zu verändern und Korruption sowie organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Für die Nato ist Montenegros Mitgliedschaft ein Zeichen für ihre Machtposition auf dem Bal-

kan. Generalsekretär Jens Stoltenberg sprach von einem historischen Tag «für Montenegro, für den Westbalkan und für die Allianz». Noch vor 16 Jahren hatten Bündnismitglieder in den Jugoslawien-Kriegen auch Montenegro bombardiert. Heute strebt es nach Westen – obwohl Russland mit «Vergeltungsmassnahmen» droht.

Drohende Reaktion Russlands

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte gestern: «Moskau hat immer gesagt, dass die anhaltende Expansion der Nato und ihrer militärischen Infrastruktur im Osten nur zu Vergeltungsmassnahmen führen kann.» Moskau wolle ein Gleichgewicht der Sicherheit und der Kräfte bewahren. Unter anderem beendet Russland nun gemeinsame Projekte mit Montenegro. Der Kreml betrachtet den Balkan als seine Einflussphäre.

Das Bündnis weist Vorwürfe zurück, die Aufnahme Montenegros sei eine Provokation. Dennoch ist die Aufnahme Mon-

tenegros ein Wink an Moskau, dass sich die Nato nicht in ihre Bündnispolitik dreinreden lässt.

Ganz anders verhält sie sich indes bei einem weiteren Beitrittskandidaten: Georgien strebt seit 2008 den Nato-Beitritt an. Die westlichen Länder loben seine Reform-Fortschritte und seine Beteiligung an Nato-Missionen – in Irak oder Afghanistan. Doch eine Beitrittsperspektive hat Georgien derzeit nicht. Seit einem Krieg 2008 hält Russland die abtrünnigen Landesteile Abchasien und Südossetien besetzt, und Länder mit offenen Territorialkonflikten dürfen der Nato nicht beitreten. Es deutet nichts darauf hin, dass die Nato für Georgien die Regeln ändern wollte. Russlands Reaktion auf einen Nato-Beitritt Georgiens wäre wohl heftiger als jetzt bei Montenegro. Als warnendes Beispiel dient die Ukraine.

Rückkehr in den Russland-Rat?

Montenegros Nato-Beitritt verschärft die Spannungen zwischen dem Westen und Russland

aber nicht nur langfristig. Unmittelbar gefährdet ist auch die angestrebte Zusammenarbeit gegen die Terrororganisation Islamischer Staat in Syrien.

Die Nato scheint sich dessen bewusst zu sein. Sie will den Kontakt zu Russland wieder suchen. Generalsekretär Stoltenberg sagte gestern, er habe von den Aussenministern den Auftrag erhalten zu prüfen, wie der Nato-Russland-Rat «als Werkzeug» für einen Dialog mit Moskau genutzt werden könne. Das Bündnis hatte die Gespräche in diesem Rat ebenso wie die militärische Zusammenarbeit mit Moskau nach der russischen Annexion der Krim ausgesetzt.

Stoltenberg begrüusste es, «den Rat wieder zusammentreten zu lassen». Er werde mit den Nato-Botschaftern der 28 Mitglieder darüber beraten, wie und wann dies geschehen soll. Stoltenberg wies darauf hin, dass das Bündnis «die Kanäle für politische Kontakte» mit der russischen Seite trotz Ukraine-Krise immer offengehalten habe.

Klimaverhandlungen sind schon unter Zeitdruck

CHRISTIAN MIHATSCH

PARIS. «Sie glauben, dass es nicht vorwärts geht?», fragt Christiana Figueres, Chefin des UNO-Klimasekretariats an einer Pressekonferenz. Und gibt gleich selbst die Antwort: «Im Moment passiert hier so viel, dass Sie gar nicht nachkommen, das alles aufzuschreiben.» Diese optimistische Einschätzung teilt auch Todt Stern, US-Chefunterhändler: «Es gibt Probleme bei allen Themen, aber wir sind mit einem positiven Momentum gestartet. 185 Länder haben einen Klimaschutzplan vorgelegt. Das ist eine bemerkenswerte Zahl.»

Bereits drängt die Zeit

In Gesprächen klingt das oft anders: «Die Delegationen einiger Länder haben die Anweisung, sich diese Woche nicht zu bewegen», sagt ein europäischer Diplomat. Dies zeige sich etwa in der Frage, wo die nationalen Klimapläne verankert werden sollen. «Die Unterschiede zwischen den drei Möglichkeiten sind marginal. Aber selbst bei einer so einfachen Frage konnte

man sich bislang nicht einigen.» Dabei drängt die Zeit: Heuteabend sollen die Untergruppen des Hauptverhandlungsstrangs die Resultate abliefern. Von Freitag, zehn Uhr, bis Samstag, zwölf Uhr, soll dann im Plenum ein neuer Text ausgehandelt werden, der es den Ministern nächste Woche ermöglicht, die wichtigen politischen Entscheide zu treffen.

Muss Frankreich entscheiden?

Doch der bereits zitierte Diplomat glaubt nicht, dass dies gelingt: «Wir werden am Samstag nicht in der Lage sein, den gewünschten Text abzuliefern. Der Text wird vielleicht ein bisschen kürzer sein, aber immer noch Hunderte von eckigen Klammern enthalten.» Damit würde die französische Konferenzpräsidentschaft vor eine riskante Wahl gestellt: Sie kann den Diplomaten mehr Zeit geben, aber ohne Erfolgsgarantie. Oder sie kann einen eigenen Text vorgeben. Wird dieser akzeptiert, ist alles gut, wird er abgelehnt, hat Frankreich seine Autorität in den Verhandlungen verspielt.